



Peter Meiwald

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sprecher für Umweltpolitik

PRESSEMITTEILUNG

Abstimmung im Bundestag: Regierungskoalition verhindert Fracking- Verbot

Oldenburg, 28.04.2016

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040

peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Friedensplatz 14

26122 Oldenburg

Telefon: +49 441 361 694 03

und 0152 – 56 74 45 60

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Zur namentlichen Abstimmung über den GRÜNEN Gesetzentwurf für ein Fracking-Verbot im Bundestag am heutigen Donnerstag erklärt Peter Meiwald, GRÜNER Bundestagsabgeordneter aus Westerstede im Landkreis Ammerland:

„Durch ihre Ablehnung zu unserem GRÜNEN Gesetzentwurf haben meine Bundestagskolleg*innen Barbara Woltmann (CDU), Stephan Albani (CDU) und Dennis Rohde (SPD) aus dem gemeinsamen Wahlkreis 27 (Stadt Oldenburg, Landkreis Ammerland) ihre Chance vertan, den Einsatz von Fracking für Erdgas- und Erdölförderung in Deutschland zu verhindern.

Ich bin enttäuscht über das Abstimmungsverhalten von Woltmann, Albani und Rohde, denn damit stellen sie sich gegen die große Mehrheit der Menschen in Deutschland. Selbst unter den Wähler*innen von Union und SPD sprechen sich in einer EMNID-Umfrage von Mitte April 2016 über 80 Prozent der Befragten eindeutig für ein Fracking-Verbot aus.

Mit ihrem Verhalten hat die Große Koalition heute zum wiederholten Male ein Fracking-Verbot auf die lange Bank geschoben. Schon vor über einem Jahr hat die Regierung ihren Vorschlag für ein Fracking-Erlaubnispaket in den Bundestag eingebracht. Doch die dringend notwendige Entscheidung wurde immer wieder vertagt. Wir GRÜNE wollten heute endlich Klarheit schaffen und das Fracking-Verbot beschließen lassen, auf das die Betroffenen in den Regionen seit Jahren warten.

Für ein echtes Bekenntnis zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen hätten die Abgeordneten der Regierungsfaktionen unser Fracking-Verbot unterstützen müssen. Denn die Technik birgt erhebliche Risiken für Umwelt und Gesundheit. Dazu gehören unter anderem Verunreinigungen des Trink- und Grundwassers durch



schädliche Chemikalien, seismische Erschütterungen und die ungeklärte Frage der Entsorgung giftigen Lagerstättenwassers.

Fracking verträgt sich außerdem nicht mit dem notwendigen Klimaschutz. Um den Beschluss des UN-Klimagipfels von Paris Ende 2015 umzusetzen, die Erhitzung des Planeten auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen, muss der Großteil der fossilen Energien in der Erde bleiben. Fracking führt also energie- und klimapolitisch in die Sackgasse.“

Den GRÜNEN Gesetzentwurf finden Sie hier:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807551.pdf>